

Fraktionserklärung der SVP-Fraktion zur Umsetzung des Projekts "Horizont 2003" vom 27.08.02

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Herren Regierungsräte
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Bereits vor den parlamentarischen Beratungen der neuen polizeilichen Sicherheitsarchitektur Aargau "Horizont 2003" rügte unsere Fraktion, dass sich die Regierung aus der kommunalpolizeilichen Verantwortung stehlen wolle und ihr der kommunale Einkauf polizeilicher Leistungen bei der Kantonspolizei nicht ins Konzept passe. Ohne irgendein Vernehmlassungsverfahren wurden die Gemeinden über ein Szenario ohne Alternativen orientiert. Dieses Vorgehen rief bei den Gemeinden grosse Verunsicherung und vermeintlichen dringenden Handlungsbedarf hervor. Das Departement des Innern behauptete damals auch, der Einkauf der "Lokalen Sicherheit" bei der Kantonspolizei komme einiges teurer zu stehen als Aufbau und Betrieb eigener Gemeinde- oder Regionalpolizeien. Die SVP rügte damals, dass hier offensichtlich an den Zahlen geschraubt worden sei und die Overhead-Kosten der Kantonspolizei völlig unverhältnismässig auf das Produkt "Lokale Sicherheit" überwälzt worden seien. Die Zahlen des Pilotversuchs "Baden" bestätigten diesen Vorwurf in aller Deutlichkeit. Regierungsrat Wernli ist den rechnerischen Nachweis seiner Behauptung übrigens bis dato schuldig geblieben.

In der Zwischenzeit hat der Grosse Rat dieses Geschäft verabschiedet und in Leitsatz 5 die Möglichkeit geschaffen, dass die Gemeinden gegen kostendeckende Abgeltung standardisierte Leistungen der Kantonspolizei zur Erfüllung der Lokalen Sicherheit beziehen können, und zwar als Grundsatz- und nicht als Ausnahmeregelung, mit voller Wahlfreiheit der Gemeinden.

Anlässlich einer Veranstaltung für die Gemeinden und Bezirksämter in der vergangenen Woche und mittels Medienmitteilung äusserte sich Regierungsrat Wernli in aller Deutlichkeit wörtlich, dass die Gemeinden zum Aufbau eigener Gemeinde- und Regionalpolizeien motiviert werden sollen, nicht zuletzt aus Gründen der geringeren Kosten eigener Polizeikräfte.

Mit grossem Befremden stellt die SVP-Fraktion fest, dass sich der Innendirektor allen Ernstes über einen unmissverständlichen Auftrag der Legislative hinwegsetzen will und trotz anderslautendem Beschluss des Grossen Rates bockbeinig an seiner ursprünglichen Konzeption festhält.

Wir werden es nicht zulassen, dass die Gemeinden weiterhin unter äusserst unfairen Druck gesetzt werden. Wir rufen die Gemeinden auf, sich gegen dieses aufoktroierte regierungsrätliche Diktat zur Wehr zu setzen und sich nicht erpressen zu lassen!

Die vom Grossen Rat beschlossenen Leitsätze sind eine qualifizierte und für den Regierungsrat verbindliche Standortbestimmung. Wir akzeptieren die missbräuchliche Umsetzung durch das Departement des Innern nicht, da damit unzulässige Vorwirkungen für das eigentliche Gesetzgebungsverfahren präjudiziert werden.

Das Vorgehen des Innendirektors ist ein Vertrauensmissbrauch. Die SVP-Fraktion stellt fest, dass sich die Vorbereitung von Gesetzesnovellen mittels Leitsätzen allem Anschein nach nicht bewährt. Sie wird diese Erkenntnis in künftige Gesetzgebungsprojekte einfliessen lassen.

Ich schliesse mit zwei letzten Bemerkungen an die Adresse von Herrn Innendirektor Wernli:

1. Für den massgebenden Inhalt der Gesetze sind bis auf weiteres immer noch Volk und Parlament zuständig und nicht die Exekutive, ob Ihnen das passt oder nicht!
2. Wenn Sie so weiterfahren, werden Sie nicht als grosser Reformator, sondern als Schiffbrüchiger in die Annalen der Aargauer Geschichte eingehen!

Gregor Biffiger
Leiter Arbeitsgruppe
Departement des Innern